

Vor der Haustür?

Rechtlosigkeit oder Menschlichkeit mit eigener Arbeit

Roland Günter

Alternativen zur Wohnmaschine

Unter diesem Titel veranstaltete die Hamburgische Architektenkammer am 4. März 1982 ihre Fachtagung 1982. Das Interesse an dieser Veranstaltung war bei den Architekten, den Wohnungsbaugesellschaften und auch der Presse außerordentlich groß. Einen Höhepunkt dieser Fachtagung stellte sicher der Vortrag von Prof. Dr. Roland Günter dar. Günter – seit eh und je als sozial engagierter Architekt und streitbarer Querkopf bekannt – ließ seiner – erfahrungsgesättigten – Polemik freien Lauf und reizte damit die anwesenden 350 Zuhörer zu Szenenapplaus, aber auch zu wütenden Zwischenrufen. Wir geben Günters Referat im folgenden im Originalwortlaut wieder.

Ein deutsches Standard-Beispiel dafür, wie Wohnungsgesellschaften aller Art die Rahmenbedingungen für die Eigentätigkeit vor der Haustür setzen: Der Balkon im Erdgeschoß. Eine symbolische Form – für Absurdes. Wie in einem Theaterstück von Beckett. So leben die Leute. So sollen sie leben. Die „Herren Gemeinbetriebe“ wollen es so: Verzicht auf normales Leben – selbst wenn es zum Greifen vor dem Fenster liegt.

„Die Qualität des begehbaren Bodens wird hier nicht benutzt. Das sehe ich überall. Es gilt sowohl technisch wie sozial. Das gehört zusammen“ (Andries van Wijngaarden).

Was soll denn vor der Haustür an Leben geschehen, wenn es so konsequent verhin-dert wird, wie dies hierzulande geschieht?

Stadt-Besetzung von oben

Millionen wohnen in solchen Wohnungen. Auftraggeber sind Millionäre. Gewerkschaftliche, sozialdemokratische und andere. Aufgesprüht an eine Wand: „Da packt dich die Wut“.

Kein anderer Staat hat so viele Subventionen und Gesetze gemacht. 200 Milliarden DM wurden verteilt. Wofür?

Im 19. Jahrhundert kämpften Arbeiterorganisationen gegen Mietskasernen. Im 20. Jahrhundert bauten sie sie selbst: Mietskasernen für Millionen.

Zugegeben: Die neuen Mietskasernen haben größere Wohnungen, sind trocken, haben eine gute Toilette und ein gutes Bad. Viele besitzen sogar einen ganz guten Zuschnitt. Aber verbessert hat sich nur das Wohnungsinnere.

Außen ist nahezu alles schlechter geworden. Nicht einmal der Stuck ist geblieben. Die sogenannten „modernen“ Wohnungen wur-

den in die Luft gehängt. Nach oben. Isoliert. Die Straße, einstmals öffentlicher Platz für vielerlei Tätigkeiten, ist zur Durchfahrt für Autos reduziert worden – für qualmende, stinkende, gesundheitszerstörende, gefährliche Massen von Auto-Monstern.

Nicht nur sind Garagen größer als Kinderzimmer – die Kinder haben auch vor der Haustür alle Rechte an die Terror-Autos verloren, deren Aufmarsch und Standplätze die Baubürokraten emsig und bierernst planen, sichern und verteidigen.

Wir aber sind für sie Romantiker, wenn wir von Kindern, alten Leuten, Spielen, Italien, Gasse, Wohnstraße, Gespräch, Nachbarschaft sprechen. „Biedermeierliche Idylle“ nennt es der Oberbaudirektor.

Die jahrtausendealte und in rund neun Zehntel der Erde verbreitete normale Menschlichkeit im öffentlichen Raum löst bei den Zynikern, die ihre Zerstörung verwalten, dieselbe Lache aus, wie sie Beckett in seinen Theaterstücken über das Absurde vorführt.

Die normale Menschlichkeit ist in einem der reichsten Industrieländer der Erde kein normales Thema mehr. Nur noch bei jugendlichen Instandbesetzern?

Lange vor den jugendlichen Instandbesetzern haben die Zyniker der Wohnungsplanung die Städte besetzt – totaler und gründlicher als die beste jugendliche Truppe dazu in der Lage wäre.

Ein Subventionsparadies für Eigentümer

Wer ist in den Genuß der Gesetze und der 200 Milliarden Subventionen gekommen? Nur wer schon Geld hatte. Lediglich die Hausbesitzer. Die kleineren, von denen ich jetzt nicht reden will, und die großen.

Immer noch haben wir den perfekten Hausbesitzerstaat. Wie im 19. Jahrhundert. Seit Kaiser Wilhelm hat sich nicht viel geändert. Konservative und Sozialliberale unterscheiden sich darin so gut wie überhaupt nicht.

Das System:

Minimalversorgung plus Unmündigkeit

Ich soll hier etwas über Eigenarbeit vor der Haustür sagen. Ich frage mich, warum mir diese Frage gestellt wurde. Wie sieht denn die Lage aus?

Ein kleiner Hausbesitzer kann vor seiner Tür etwas tun, weil er die Verfügung über seinen Boden hat. Sollte ich dazu einen Vortrag halten? Wohl kaum.

Die großen Hausbesitzer halten das Terrain vor den Haustüren besetzt: mit Straßen, Parkplätzen und unbetretbarem Rasen. Die Mieter, denen sie offensichtlich gründlichst mißtrauen, dürfen nichts, aber auch gar nichts tun. Angeblich fing die Revolution in Deutschland schon immer mit dem Betreten des Rasens an. Und die Ordnung war nur hergestellt, wenn so wenig geschehen konnte wie auf dem Friedhof von Chicago.

Fazit: Große Gesellschaften versorgten Familien mit Innenraum. Mit dem Dach überm Kopf, in die Luft gehängt. Die Öffentlichkeit wurde abgeschafft. Draußen haben die Leute nichts, aber auch gar nichts zu sagen. Der öffentliche Raum wird absolutistisch verwaltet. Wie ein Schloßhof – nur nicht so „schön“. Wir sehen die verordnete Unmündigkeit.

Eigentätigkeit von Mietern vor der Haustür? Wir lachen. An den Bahndämmen, dort wo Eigentümer und Obrigkeit noch nicht zupacken, kann sie sich noch ein bißchen entfalten – und wird prompt als asozial verdächtigt.

Wie ja auch sonst in dieser Gesellschaft vieles, was sozial ist, den sozialen Nischen zugeordnet wird – statt der sozialen Normalität.

Das alles ist konkretes Symbol unseres politischen Zustandes: noch weit entfernt von einer Demokratie.

Wer uns Kritikern heute sagt: Geht doch nach drüben, dem können wir Kritiker heute nachweisen, daß das Prinzip von drüben im Wohnbereich auch bei uns gilt: Versorgung auf Minimalebene und Zementierung der Unmündigkeit. Das System ist dasselbe. Die Unterschiede sind graduell. Und meist woanders.

Zerstörte Hoffnungen

Daran beteiligt sind gemeinnützige Gesellschaften, gemeinwirtschaftliche Gesellschaften. Marktführer ist die Gewerkschaftsgesellschaft Neue Heimat. Und die, die es hätten ändern können, waren sozialdemokratische Minister – unter dem Einfluß der Neuen Heimat – unter deren Dach wichtige Gesetze und selbst Berichte der Bundesregierung gefertigt wurden.

Wir, die wir mit Tränen in den Augen und Fackeln in der Hand, bei Willy Brandts Wahlsieg vor dem Kanzleramt gestanden haben, erkennen nach einem Jahrzehnt sozialliberaler Regierung: Nicht einmal kleine Schritte zu Reformen, zur Demokratisierung, zu erweiterten Mieterrechten (abgesehen vom Kündigungsschutz) wurden getan.

Unsere Illusionen sind zerstoßen. Wir sind ohne Hoffnung auf die da oben. Wir geben ihnen keine Zukunft mehr. Wir glauben ihnen kein Wort. Wir malen kein Kreuz mehr für sie. Wir glauben nicht mehr, daß es mit denen da zusammen geht. Wir vertrauen nur noch auf uns.

Gemeinwirtschaft ohne Gemeinwirtschaft

Die Neue Heimat hat drei Köpfe ausgewechselt: Sündenböcke für ein Syndrom. Es ist nicht erkennbar, daß mit dem Abtritt von drei moralischen Korruptionären die Korruption beseitigt ist und wird.

Im Gegenteil: Die Sündenböcke werden geopfert, damit es so weitergehen kann – mit der Korruption, die darin besteht, daß gemeinnützige und gemeinwirtschaftliche Gesellschaften keine soziale, keine demokratische Politik machen, die dem Mieter mehr Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten gibt. Daß sie – wie das Terrain vor der Haustür zeigt – den großbürgerlich absolutistischen Hausbesitzer-Staat des 19. Jahrhunderts verewigen – buchstäblich in Beton und Asphalt zementieren.

Ich lasse mich nicht mehr mißbrauchen...

Ich frage mich: Warum soll ich hier etwas zum Thema Eigenarbeit vor der Haustür sagen? Werde ich, der Experte, auch weiterhin mißbraucht, um Illusionen und Hoffnungen zu verbreiten, die den Zynikern helfen, die Massen von den tatsächlichen Zuständen abzulenken?

Ich spiele da nicht mehr mit. Ich steige aus. Ebenso wie die jungen Leute. Ich lasse mich nicht im Jahrmarkt der Eitelkeiten der Architektur-Schaumschlägerei als Zuhälter und Werbefritze mißbrauchen.

Ich bin nicht mehr naiv – wie vor zehn Jahren.

Wie reagieren wir? Mit innerer Emigration oder Provokation? Hausbesetzungen sind das Symbol für den Widerstand gegen den Hausbesitzer-Staat.

Reichtum – in die Erde?

Ich möchte noch einige Anmerkungen zur menschenfeindlichen Wohnungspolitik der sozialliberalen Regierung machen, deren direkten und indirekten Bankrott wir zur Zeit erleben. Wir haben die höchsten Preise für die falsche Richtung gezahlt:

- Stadtzerstörungen größten Ausmaßes,
- Einschränkungen des öffentlichen Lebens,
- Verschwendung unseres immensen gemeinschaftlichen Reichtums.

Vor der Haustür wird das sichtbar: auf der Straße. Dort haben wir für den Irrtum der autogerechten Stadt bezahlt: Ein großer Teil unseres riesigen Reichtums der Hochkonjunktur liegt buchstäblich in der Erde. Begraben. Statt die Lebendigkeit der Straße zu fördern, wurden die Milliarden für ihre Zerstörung ausgegeben.

Was sollen Mieter vor der Haustür tun, wenn ihnen dort alle Rechte genommen wurden?

Die vertane Möglichkeit der Regierung

Was hätte die Regierung tun können? 20 Milliarden Mark pumpt der Staat jährlich in den Wohnungsmarkt. Geld ist also da. Mit Hilfe dieses Geldes hätte die sozialliberale Regierung die Verfügungsrechte der Nicht-eigentümer gegen das Monopol der Eigentümer sowie ihren Einfluß auf Wohnung und Umfeld entwickeln können. In welcher Weise?

Mitten in der oft beschworenen („sozialen“) Marktwirtschaft erhalten die Hausbesitzer Milliarden-Geschenke: Zu ihrem lächerlichen Eigenkapital von 15% und 35% Kapitalmarkt-Mitteln schenkte ihnen die öffentliche Hand, der Staat, eine sozialliberale Regierung, 50% der Wohnung – wahrlich ein Paradies für Hausbesitzer, wie es ihnen nicht einmal Kaiser Wilhelm verschaffen konnte.

Wenn es nur marktwirtschaftlich und nicht einmal sozialistisch zugegangen wäre, hätte der Staat – wie bei der marktwirtschaftlichen Aktien- oder Kommandit-Gesellschaft – heute genau den Anteil, den er subventioniert: 50%. Oder der einzelne Mieter besäße diese 50%. Oder kleine selbstverwaltete Einheiten wie Mieter-Genossenschaften.

Das wäre eine wirkliche Eigentumsbildung für die breite Bevölkerung gewesen. Dann hätten wir auch längst die Verfügung der Mieter über das Terrain vor der Haustür.

Die Sozialliberalen haben genauso wie die CDU einzig die Hausbesitzer bedient, statt die Mieterrechte systematisch zu erweitern. „Eigentumsbildung breiter Schichten“, sagt die SPD. Nicht Stärkung der Mieterrechte. Auch für die SPD zählt nur der Hausbesitzer. Mieter sind für die Regierenden im neo-wilhelminischen Hausbesitzer-Staat Menschen zweiter Klasse.

Umverteilung – sozialliberal

So sieht die sozialliberale Umverteilung aus: Die Steuervergünstigungen für einkommensstarke Schichten wurden noch mehr ausgebaut. Über drastische Mieterhöhungen werden die Hausbesitzer nun noch einmal bedient. Und dadurch die Spekulation diverser Gattungen von der sozialliberalen Regierung angeheizt.

Die sozialliberale Regierungspolitik hat die Folge, daß den Familien mit kleinen Einkommen rasant mietgünstiger Wohnraum entzogen wird.

Sozialwohnungen und Arbeitersiedlungen können nun leicht als Eigentumswohnungen verkauft werden. Kündigungsschutz: ein Jahr. Wer auf niedrige Mieten angewiesen ist, kann nicht kaufen. Nur 37% der Mieter kaufen. Meist unter Druck. Die anderen fliegen heraus. Wohin?

Zur von oben inszenierten Schrumpfung des Mietwohnungsbestandes für die sogenannten kleinen Leute kommt hinzu: es wird abgerissen... abgerissen... abgerissen...

Unendliche Werte werden dabei zerstört. Dafür ein Beispiel: die Gustavstraße in Oberhausen. Die Stadt kaufte die Arbeitersiedlung billig mit Landesmitteln aus der Städtebauförderung. Sie reißt die 50 Wohnungen ab. Verlust durch Zerstörung 2,5 Millionen DM. Verlust durch Ersatzwohnungen: 7,5 Millionen DM. Ergebnis: 10 Millionen DM werden gezahlt, um die Ausgangslage Null zu erreichen. Nein: unter Null. Denn die alten Häuser hatten Gärten vor der Haustür. Die neuen Wohnungen hängen in der Luft.

Öffentlicher Reichtum – zur Verarmung verschwendet.

Für eine Ersatz-Neubauwohnung hätte man drei alte Wohnungen modernisieren können. Bei dieser Verschwendung spielen mit: Gefälligkeits-Gutachten und Förderungsbehörden, die an sozialen Inhalten kein Interesse haben – Regierungspräsident und Städtebauminister.

Würde man Mietern die Wohnungen auf Erbpacht so überlassen wie sie sind, müßte der Staat überhaupt nichts zahlen.

Verschwendung als System. Als Folge eines Machtglaubens, das unfähig ist, Demokratie zu realisieren: indem es dem einzelnen differenziert entgegenkommt, mit ihm arbeitet, seine Möglichkeiten sich entfalten läßt. Wir alle zahlen für die Verschwendung, die aus der vordemokratischen Praxis der Mächtigen resultiert und als Dummheit erkennbar wird.

Wie verantwortungslos diese Politik mit Menschen und Geld umgeht, mag ein weiteres Beispiel sichtbar machen. Der Bottroper Süden. Die Umwelt wurde allmählich kaputtgemacht. Kokerei, Kohle-Verflüssigung, Chemie, Waschberge-Deponien. Die Stadt setzte in den Flächennutzungsplan ein: „ohne Entwicklung“. Folge: 7000 Menschen sollten weg. Folgen: „Ausfaltung“ über 20 Jahre. Wertzerstörung an Wohnungen, setzt man den Verlust und Neubau plus Infrastruktur und anderweitiger Zerstörung (je Familie rund DM 300000,-) mit 600 Millionen DM an. Gemessen an den Möglichkeiten der Stadt, Grundstücke zur Verfügung zu stellen, und des Landes, Sozialmittel einzusetzen, war diese Planung völlig unrealistisch. Aber sie wollte erst einmal die vorhandenen Werte zerstören... Bürgerinitiativen erzwangen

das offizielle Begräbnis des Planes. Unter der Hand verfolgt die Stadt ihn weiter.

Zur Zeit wird mehr abgerissen als neu gebaut. Und dies bei großer Wohnungsnot.

Gegen die Wertzerstörung wendet der Staat seine Gesetze fast nirgendwo an. Das heißt: Der Staat bricht seine eigenen Gesetze. „Vollzugsdefizit“, sagt die juristische Sprache. Eine Verharmlosung. In Wirklichkeit stehen wir vor einem Abgrund: Vor dem Mangel an Rechtsbewußtsein der „Verwalter“ der Gesellschaft und vor einer erschreckenden staatlichen Kriminalität. Wundern wir uns über die Wut der Jugend? Um abzulenken, bauschen die „Verwalter“ der Gesellschaft die tatsächliche Kleinkriminalität einiger zerbrochener Scheiben und Hausfriedensbrüche auf. Was ist das gegen die Zerstörung ganzer Städte und Sozialstrukturen unter Duldung und Förderung staatlicher Instanzen? Sich selbst so außerhalb der Gesetze stellend, haben die Verwalter der Gesellschaft die hausbesetzende Jugend längst zu Widerstandskämpfern gemacht – im staatlich hergestellten übergesetzlichen Notstand.

Die Regierung behauptet: Für den Neubau sei kein Geld da. Aber: Wer die Eigenheime Gutverdienender überproportional fördert, kann nicht sagen, Sozialwohnungen seien nicht finanzierbar. Wie die Regierung die Ungerechtigkeit handhabt, zeigen die Zahlen: das obere Einkommensdrittel erhält 50% der Förderung, aber das letzte untere nur 20%.

Mit der Ideologie von Millionären für Millionen...

Noch eine Anmerkung zur Rolle der Gemeinwirtschaftlichen.

Beispiel: Die Neue Heimat hat in der Hochkonjunktur unglaubliche Gewinne gemacht, bis zu 50%. Wenn sie davon nur 30% in die Verbesserung der Wohnwerte gesteckt hätte, wäre ihr noch sehr viel Gewinn geblieben.

Durch bessere Wohnungen, das heißt durch die Lieferung von mehr Gebrauchswerten, wäre sie zum wirklichen Marktführer geworden. Sie hätte einen Sog an Nachfrage ausgelöst. Und damit neue Gewinne gemacht.

Die Möglichkeiten des Freiraums vor der Haustür, hätten auch im Mietwohnungsbau entwickelt werden können.

Eine solche qualitative Wohnungspolitik wäre mehr als eine zynische Dach-überm-Kopf-Versorgung der Nachkriegszeit gewesen. Sie wäre eine wirkliche Sozialpolitik.

Das ist der Kern des Skandals. Er wird sich auch nicht ändern. Denn die Herren, die die Millionen führen und versorgen, sind Millionäre – mit der Ideologie von Millionären. Sie haben keine Alternative: keine Vorstellung von sozialentwickelten Formen des menschlichen Lebens.

Dasselbe gilt für ihre Auftraggeber, die Führungsschicht von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Für sie reduzieren sich die Probleme lediglich auf Tarifpunkte: auf die Einkommensverbesserung zum Konsumieren. So wie die Spitzenleute es selbst handhaben. Es hat sie nie interessiert, wie sie mit den Möglichkeiten, die sie in der Hand haben, umgehen müßten:

- sozial verantwortlich,
- konstruktiv,

- qualitativ,
- und in vielen kleinen Schritten.

Das Bonner Ministerium denkt nur in Quoten, Ziffern, Statistik – aber es ist unfähig, qualitativ nachzudenken und zu stimulieren. Ebenso die gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften. Dabei bleibt auf der Strecke: die Komplexität des kleinen Glücks der Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen, Alten – die Fülle an Gebrauchswerten.

Weder Quantität noch Qualität. Zynismus statt Menschlichkeit. Macht statt demokratischer Selbstverwirklichung.

Die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften sollten das Gegenprinzip zur Herrschaft des Geldsacks sein. Eine Gegenmoral. Albert Vietor hat gesagt, was auch die anderen tun: Die Neue Heimat sei genauso eine Kapitalgesellschaft wie jede andere.

Die „Teure Heimat“ (Volksmund) ist nur das Symbol des Skandals. Die Wahrheit ist viel schlimmer als der Skandal, der zutage getreten ist.

Reißen die Gemeinwirtschaften sich selbst ab?

Die Gemeinwirtschaft und Gemeinnützigkeit ist sozial notwendig. Aber sie wird nur weiterbestehen, wenn sie wirklich gemeinwirtschaftlich und gemeinnützig ist. Wir, ihre Kritiker, verlangen, daß sie sozial arbeitet. Nicht die berechtigte Kritik wird sie abreißen, sondern sie selbst, wenn sie sich weiterhin zur Ruine macht.

Drohende Klagen

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Initiativen in Zechenhaus-Ruhr-Siedlungen wollen die gemeinnützigen Konzerne nun verklagen – wegen schwerer Verstöße gegen das Gemeinnützigkeitsgesetz bzw. die Gemeinnützigkeitsverordnung.

Erster Vorwurf: Die gemeinnützigen Gesellschaften haben niemals die Mieten der einzelnen Familien wieder zur Erhaltung und Verbesserung in die jeweilige einzelne Wohnung zurückinvestiert – wie es vorgeschrieben ist. Sondern sie haben das Geld gebündelt und anderweitig angelegt.

Zweiter Vorwurf: Gemeinnützige Gesellschaften haben Mieten dem Wohnungsbestand entzogen und spekulieren lieber mit hohen Zinsen, die sie zur Zeit auf dem Markt erzielen können. Es handelt sich um hohe Millionen-Beträge.

Dritter und schwerwiegendster Vorwurf: Gemeinnützige Gesellschaften privatisieren Wohnungen in großem Umfang. Dabei vertreiben sie viele Mieter, vor allem alte Leute, die die Wohnungen wegen ihrer niedrigen Einkommen bzw. Renten nicht kaufen können. Die Arbeiterinitiativler empfinden dies „als Hohn auf die Gemeinnützigkeit“, als „riesengroße Schweinerei“ und „als zutiefst unmoralisch“. Und: „als die Gemeinnützigkeit verwirkend“. Gerade diese Gesellschaften müßten aus gesetzlichen und moralischen Gründen den mietgünstigen Wohnungsbestand für niedrige Einkommen behalten. Daß ausgerechnet Gemeinnützige auch in dieser „sozialpolitischen Schweinerei“ wieder die Marktführer machen, zeigt, wie korrupt sie geworden sind. Hier müsse dringend ein entschiedener Riegel vorgeschoben werden.

Kein Bedarf für konstruktive Bürger?

Ich habe zusammen mit vielen Menschen in 15 Jahren Bürgerinitiative viele Erfolge erzielt – im Verhindern, Beinchenstellen, Durchkreuzen von planerischer Asozialität. Zum Beispiel den Abriß von rund 100000 Arbeiterwohnungen im Ruhrgebiet.

Wir haben uns – nach niederländischem Vorbild – bemüht, konstruktiv zu sein

- haben Politikern, Ministern, Gemeinnützigen und Behörden viele Vorschläge gemacht,
- kleine und größere,
- Experimentier-Projekte vorgeschlagen,
- wir versuchten, Genossenschaften gegen die unsoziale Privatisierung von Zechen-siedlungen zu gründen (Mausegatt in Mülheim, Lünen),
- und Mieterselbsthilfe anzuregen.

Die Politik hat das alles verhindert – ich könnte es in vielen Büchern dokumentieren. Nach diesen langjährigen Erfahrungen läßt sich feststellen: Wohnungspolitik ist hierzulande Politik der Null-Linie. Ist destruktiv, wo immer sich Bürger regen. Ist Minimal-Versorgung und Verordnung von Unmündigkeit.

Jetzt jammern die Politiker, daß wir ihre Politik verachten.

Wundern wir uns, wenn junge Leute in einer Fernsehdiskussion zu ihnen sagen: „Mit Euch Ärschen reden wir nicht mehr!“

Das vertane Geschenk: die Straße

Die Straße könnte ein Geschenk an die kleinen Leute vor ihren Haustüren sein. Aber diese Lektion ist noch ungelernt.

Fußgängerstraßen gibt es nur, wenn die Industrie- und Handelskammer pfeift. Millionen, ja Milliarden werden für die Steigerung der Geschwindigkeit der Auto-Monster ausgegeben – aber nichts für die Wohnumfeld-Verbesserung. Dabei könnte jede zweite Straße eine Wohnstraße sein.

Eine Reform ohne Geld: In Eigenarbeit können die Requisiten für die Kurven gebaut werden. Anstelle der teuren Beton-Orgien mit der Methode Gartenbau: mit Holzpflocken, Brettern, Erde und Blumen, von Nachbarschaften gepflegt.

Das Geschenk Straße ist auch noch auf eine andere Weise nicht angenommen worden. Jedermann weiß, daß Baugrund teuer ist. Daher muß hoch gebaut werden, sagen die Herren. Nein, sagen wir. Denn:

- man kann verdichtet flach bauen,
- und wenn man die Straße schmal macht, ist die Hälfte der Straße als Bauland nutzbar – ein Geschenk, das das Bauen verbilligt.

Die halbe Straße könnte als ein bereits bezahltes Grundstück für einen besseren Wohnungsbau eingebracht werden.

Schmale Straßen sind uralte. Arbeiter-Siedlungen haben Wohnwege. Wo das Auto verdrängt wird, entsteht Raum für menschliche Tätigkeiten.

Verdichteten Flachbau mit Sozialwohnungen und Wohnstraßen kann man in Zwolle sehen. Andries van Wijngaarden baute am Geerweg in Delft dieselbe Anzahl neuer Wohnungen wie dort alte Wohnungen stan-

den. Mit schmalen Straßen. Wohnstraßen. Die Lebensqualität der alten Stadt ist hier in das neue Bauen hinübergerettet worden. Die Bewohner genießen sie.

Durch Überbauen der Straße erhielt van Wijngaarden in Rotterdam-Katendrecht zusätzliches Bauland und gestaltet die Straße um: zu zwei platzartigen Räumen. Vor den Wohnzimmertüren im Erdgeschoß legt er sogar kleine Gärten an. Die Straße wird zum öffentlichen Wohnzimmer.

No-future-Politik

Ich habe keinerlei Hoffnung auf irgendeinen Polit-Schaumschläger und Stadtplanungsbürokraten. Wir alle sehen, daß sie und die Herren der Gemeinwirtschaft selbst angesichts der Skandale auch weiterhin weder zuhören, noch nachdenken, noch offen diskutieren und konstruktive Angebote machen. Sie selbst zerstören alle Hoffnungen auf Regeneration. Sie erweisen sich als nicht mehr reformfähig. Die Geschichte dürfte die Dinosaurier zu Grabe tragen...

Die konkrete Utopie macht die Ruine erkennbarer

Ich führe hier lediglich deshalb eine Utopie zum Terrain vor der Haustür vor, um den Konflikt noch mehr zu vertiefen. Denn im Blick auf die Utopie erscheint das Herrschende noch krasser als Ruine.

Die Utopie, die ich zeige, hat den Vorteil, daß sie existiert. Es gibt keine bessere Waffe als die Realität. Schlagen wir sie den Beherrschern von Ruinen um die Ohren.

Die Rotterdamer Realität

Ich skizziere, was in Rotterdam geschieht.

- Die Stadt kauft umfangreich, nahezu stadtviertelweise, Grundstücke auf. Zum Ertragswert plus 25%. Im Gegensatz dazu nutzen die Städte in der Bundesrepublik Deutschland ihr Vorkaufsrecht nach Bundesbaugesetz nicht. Sie setzen auch die Erwerbung nach Ertragswert nicht durch, sondern spielen das Spekulationsspiel mit (Ausnahme: Nürnberg).
- Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland gibt es in Rotterdam Träger, die soziales Interesse haben.
- Die Bewohner von Nachbarschaften bilden Bewohner-Initiativen. Im Gegensatz dazu versuchen westdeutsche Städte, diese Mündigkeit durch Selbstorganisation strikt zu verhindern, obwohl sie die vorhandenen Gesetze sinngemäß dahingehend nutzen müßten.
- Die Bewohner-Initiativen wählen sich selbst den Architekten. Im Gegensatz dazu gilt für westdeutsche Städte nach wie vor das Prinzip, die Vergabe von Dienstleistungsaufträgen für sich zu reservieren – aus Gründen der Macht. Andries van Wijngaarden ist einer der Architekten, die schon mehrfach von Bewohnergruppen ausgewählt wurden.
- Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland gibt es in Rotterdam Zusammenarbeit. Beiderseits: ein offenes und konstruktives Verhalten.
- Erst nach gemeinsamer Planung sucht man gemeinsam eine Baugesellschaft. Dadurch kann der Preis für die Sozialwohnungen niedrig gehalten werden.

– Der Architekt kommt dann mit dem Modell durch die Straßen – wie der Milchmann. Er bespricht es in Gruppen zu jeweils sechs Familien.

Das Ergebnis:

- soziales Verhalten aller Beteiligten,
- ein besseres Niveau aller Mitwirkenden,
- viele kleine Gebrauchswerte,
- ein demokratisches Selbstbewußtsein.

Rotterdam, das keine besseren Vorbedingungen hat als wir, ist ein Beispiel für die unausgenutzten Spielräume in der Planung.

Der Planer benötigt:

- viel Toleranz,
- eine andere Mentalität als die gängige paternalistische,
- muß zuhören
- und begreifen können.
- Auch die Leute müssen lernen.

Der Architekt Andries van Wijngaarden sagt: „Die Häuser werden nur gut, wenn die Bewohner kontrollieren können, ob die vielen kleinen Sachen drin sind, die sie benötigen. Die Bewohner müssen das abchecken.“

Die Architekten lernen auch, offen über das zu argumentieren, was nicht geht.

So entsteht eine fruchtbare Wechselwirkung zwischen den Bewohnern, Architekten, Behörden und Bauträgern.

In den Niederlanden macht es vielen Architekten Spaß, komplizierte Grundrisse zu entwickeln: Ineinandergeschachtelte Wohnungen. Das wird geradezu als Intelligenzspiel, wie Schach, betrieben.

Viele Architekten wissen, daß erst eine große Komplexität von vielen kleinen Gebrauchswerten, die sich in einer Fülle von Details ausprägen, eine gelungene soziale Architektur schaffen. Sie arbeiten nicht reduktiv, sondern mit dem Spaß an der Komplexität.

Dabei stellte sich heraus: Die Details sind gar nicht teuer – wenn man kleine Unternehmer mit konventionellen Methoden nimmt.

Dies alles geschieht unter den Normalbedingungen des sozialen Wohnungsbaues, die nicht besser als in der Bundesrepublik Deutschland sind.

Soziale Elemente der Architektur

Ich skizziere nun den Umgang mit einigen Elementen des Bereiches, den ich als die soziale Übergangszone zwischen innen und außen bezeichnen möchte. Das Verhältnis von innen und außen ist nicht nur eine Frage des Eingangs, sondern zeigt sich an der gesamten Fassade. Ist die Wand eine absolute Grenze zwischen innen und außen? Leben hinter ihr unfreiwillige oder freiwillige Isolier-Häftlinge? Oder Menschen, die auch eine Identifikation mit ihrer Straße, mit dem Außenraum, mit der Öffentlichkeit haben?

Die Fassade ist nicht die Fassade, sondern ein Gehäuse mit vielen Ausdrucksformen und Symbolen, an denen soziales und unsociales Leben sichtbar wird.

- **Element: Der eigene Eingang**
Uralt. In vielen Arbeitersiedlungen. In der Delfter Sozialwohnungen. Selbst für das erste Obergeschoß noch herstellbar: durch eine Außentreppe. Als Folge bilden sich oft interessante Architektur-Szenarien.

- **Element: Die Dekoration der eigenen Tür**
Uralt. Weit verbreitet.

- **Element: Die eigene Haustürstufe**
Uralt und als „Möbel“ sehr wirkungsvoll.

- **Element: Die Bank vor der Tür**
Ebenfalls uralt. In allen Arbeitersiedlungen. Andries van Wijngaarden baute sie in der Delfter Geerweg-Siedlung neben die Tür – als Requisite.

- **Element: Loggia**
In der Bundesrepublik Deutschland finden wir meist einen Balkon im Erdgeschoß. Andries van Wijngaarden legt auch in normalen Stadtstraßen vor dem Wohnzimmer Loggien an.

Mit einem Durchbruch der Brüstung und einer Holzterrasse könnten in der Bundesrepublik Deutschland Erdgeschoß-Balkone in vielen Sozialwohnungen zur Loggia umgewandelt werden. Und die Wohnung erhielte einen Garten. Wann machen die Wohnungsgesellschaften endlich wenigstens das? Und belegen freie Erdgeschoßwohnungen mit Familien mit Kindern? Reformen ohne Geld!

- **Element: Pflanzen an der Hauswand**
Uralt. Vor zwölf Jahren begannen in den Niederlanden viele Menschen, in einem Streifen Bürgersteig Pflanzen einzusetzen. Illegal. Mit niederländischem Selbstbewußtsein. Sie nannten es: „Kleine Eröberung“. Inzwischen freuen sich dort die Behörden. Importieren wir doch „niederländische Bürgertugenden – als Beipack zum Käse“ (Walter Bunsman).

- **Element: Kleine Gärten vor der Tür – öffentlich, gegenüber vom Wohnweg**
In einem Altbauquartier in Delft. In hochverdichteter Bebauung.

- **Element: Kleine Gärten hinterm Haus**
Uralt. In vielen Siedlungen der zwanziger Jahre. Andries van Wijngaarden legt sie wieder in seinen Sozialbauten an.

- **Element:**
Das eigene Pflaster vor dem Haus

- **Element: Die eigene Reparatur**
In niedriggeschossigen Bauten mit Verfügungsrecht für Mieter. Billiger als über Firmen und die Eigentümer-Bürokratie.

- **Element:**
Das Vordach vor dem Haus

- **Element: Wand**
In der Bundesrepublik Deutschland: dicke Mauern mit deutschem Edelputz oder schwarzen Platten – nach dem absurden Prinzip „Den Schmutz einbauen, bevor er sich niederschlägt“. Andries van Wijngaarden: viel Fläche, die keine Schwere hat – mit Holz und Glas.

- **Element: Große Fenster**
„Die Fenster, die es hier (in der Bundesrepublik Deutschland) überall gibt, mache ich in Holland nur in den Schlafzimmern“ (Andries van Wijngaarden).

- **Element: Niedrige Brüstung**
Andries verwendet sie oft: zur Reduktion der Wandfläche. Wenn man dahinter steht, fühlt man sich souverän.

- **Element: Wechselnde Fenstergröße**
Was man da alles in Andries' Häusern sehen kann!

- **Element: Offene Ecke**
Die Ecken sind oft nicht massiv, sondern durchsichtig. Die Wand wird aufgelöst.

- **Element: Auflösung des obersten Geschosses**
Durch Glas. Oder als breite Terrasse.

- **Element: Bepflanzen des gemeinsamen Raumes**

Die uralte Almende war nutzbar. Die Almende der Gemeinnützigen ist verbotener Bereich. Von oben her privatisiert. Warum nicht überall etwas pflanzen? Auch die Straße kann man sich aneignen.

Resümee

In der Bundesrepublik Deutschland: Durch die monomane Macht unzugänglicher großer Auftraggeber werden viele Gratiswerte der planerischen Intelligenz verschenkt. Architekten werden unterfordert. Andries van Wijngaardens Methode: Er sucht systematisch Gebrauchswerte und verschafft ihnen Möglichkeiten durch eine entsprechende Gestaltung der Architektur.

Er erreicht, daß der Freiraum der Straße eine soziale Kontrolle erhält und zugleich das soziale Leben der Bewohner sich von der Wohnung zur Straße hin und auf der Straße entfalten kann.

Der Architekt sucht zuerst nach den Lebensformen und dann nach Möglichkeiten, dafür Gehäuse zu entwerfen.

Die Theorie von Andries ist fundamental, einfach und zugleich komplex und dadurch sozialorientiert. Eine Theorie der „Evolution der Gebrauchswerte“.

Und das im sozialen Wohnungsbau. Auf dem Bauschild steht unter den Auftraggebern neben dem Bauträger die Bewohner-Initiative. Ein Symbol für eine Demokratie, die sich nicht mit dem Grundgesetz unterm Arm und in Festreden zufriedengibt, sondern es im Alltagsleben zu verwirklichen sucht.

Weil die Bewohner drei Jahre am Projekt mitgewirkt haben, versorgen und nutzen sie die Häuser nun auch außen. In allem. Zum Beispiel machen sie das Treppenhaus wohnlich.

Fazit: Durch die demokratische Arbeitsweise wird die Anonymität und die Struktur der passiven Versorgung von oben zerbrochen.

Sichtbar: Das System der vordemokratischen Dinosaurier, das nur mit den Kräften einer erstarrten Macht operiert, ist in einer entwickelten Gesellschaft am Ende. Es ist in seiner begrenzten Leistungsfähigkeit und Fruchtbarkeit überholt und zurückgeblieben. Wir erkennen zunehmend: Innerhalb der demokratischen Verhaltensformen vieler bewußter und intelligenter gewordenen Menschen kann weit mehr an schöpferischer Leistungsfähigkeit mobilisiert werden als im Paternalismus. Das wird vor der Haustür sichtbar: zum Beispiel in Rotterdam.

In einem demokratischen Land kann heute nur noch regiert werden, wenn die Regierenden die schöpferischen Fähigkeiten der Bevölkerung in ihrer Eigenständigkeit und Differenzierung erkennen, anerkennen, miteinbeziehen, sich entfalten lassen – und sich dadurch umformen, das heißt strukturell verändern lassen.

Eine deutsche Tragödie. Deutschland im Herbst.

Meine Damen und Herren, ich stelle mich der Wut derer, über die ich öffentlich nachdenke. Wir sind keine jammernden Mäuse in irgendeiner Untertanen-Ecke mehr...